

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Anzugsband)  
Fr. 2. — für Deutschland (Lohnwert)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Lohnwert)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Anzugsband)

**Inserate**  
Wie vertheilte Preistabelle  
25 Ggr. — 20 Pfg.

# Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Volksbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postsendungen  
franko gegen franko.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz sollen  
Doppelporto.

N. 8.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhafte Fällen eingeschrieben.

19. Februar 1886.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Parteigenossen!

Durch die Niederlegung des Mandats des bisherigen Abgeordneten im 19. schweizerischen Reichstagswahlkreis (St. Gallen-Luzern) muß dort eine Nachwahl stattfinden, die für den 2. März anberaumt ist. Seitens unserer Parteifreunde ist Genosse Fr. Geiger in St. Gallen als Kandidat aufgestellt worden, und ist alle Aussicht vorhanden, diesen Wahlkreis, den Liebknecht bereits mehrere Legislaturperioden hindurch im Reichstag vertrat, wiederzugewinnen und damit den 25. Abgeordneten unserer Partei in den Reichstag zu senden.

Parteigenossen! Nach dem Grundsatz: „Einer für Alle und Alle für Einen!“ fordern wir Euch auf, unsere kämpfenden Genossen in dem 19. schweizerischen Wahlkreis, die fast alle in den ärmlichsten Lebensverhältnissen sich befinden, und bei allem guten Willen finanziell nur Geringes leisten können, durch Geldsammlungen nach besten Kräften zu unterstützen.

Die Unterzeichneten sind bereit, Geldbeiträge für die Wahl entgegenzunehmen.

Selbst kräftig, und am 2. März ist der Sieg unser!

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Berlin, den 12. Februar 1886.

Im Namen der Fraktion:

Kuer. Bebel. Grillenberger.

Hafenklover. Liebknecht.

Zusatz der Redaktion: Doppelt gibt, wer schnell gibt! Es ist keine Zeit zu verlieren!

## Die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Schon in wenigen Tagen wird der deutsche Reichstag über die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu beschließen haben. Wahrscheinlich ist sie, wenn diese Nummer in die Hände der großen Masse unserer Leser kommt, bereits entschieden — das heißt durch Abstimmung vor der Öffentlichkeit entschieden, denn hinter den Kulissen ist sie es natürlich schon heute.

Das Sozialistengesetz wird verlängert werden, trotz — man könnte auch sagen wegen — der elenden Motivierung des Antrages von Seiten der Regierung.

Mit kläglichen Argumenten ist wohl noch nie in irgend einem Parlament der Welt ein Antrag begründet worden als dieser. Zwei Thatfachen nur weiß die Reichsregierung für die Nothwendigkeit der Verlängerung des Ausnahmengesetzes über Hunderttausende deutscher Arbeiter geltend zu machen:

Erstens, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten erheblich zugenommen, und zweitens, daß einer ihrer ergebensten Diener, Polizei-Rath Kumpff, erstochen wurde.

Da Beides unter dem Sozialistengesetz geschehen, so müßte man nach gemeiner Logik vom Standpunkt der Regierung aus eigentlich auf die Unmöglichkeit oder gar Schädlichkeit des Sozialistengesetzes schließen, aber weit gefehlt — die Logik der Regierung, oder sagen wir Bismarck's, ist weit über den gemeinen Menschenverstand erhaben. Sie zieht einen ganz andern Schluß — sie fragt:

Gut, alles das hat das Sozialistengesetz nicht verhindern können — was würde aber erst geschehen sein, wenn das Sozialistengesetz nicht bestände, welches Schreckliche würde geschehen, wenn das Sozialistengesetz abgeschafft würde? Würden nicht noch mehr sozialistische Abgeordnete gewählt werden, würde die sozialistische Agitation mit der ganzen Maßlosigkeit der früheren Jahre nicht Alles überfluthen? Würden nicht noch viel mehr Polizeiräthe — — — der Gedanke ist zu fürchterlich, ihn auszudenken.

Was aber läßt sich vernünftigerweise auf diese Fragen antworten?

Gar nichts. Auf so etwas gibt es keine Antwort.

Und als Gratisbeilage zu dieser kostbaren Argumentation, die es jedem ultramontanen oder liberalen Feigling möglich macht, trotz Schwärmerci für gleiches Recht für die Verlängerung des Polizeigesetzes zu stimmen, hat sie dann noch den stillen Trost „sicherer Anzeichen der Besserung“. Die Theilnahme an der Gesetzgebung seitens der Sozialdemokraten ist beileibe nicht von jeher in ganz bestimmtem Umfang ausgeübt worden, sondern — eine wohlthätige Folge des Ausnahmengesetzes. Die Arbeiter verlangen positive Wirksamkeit, und deshalb wählen sie — nicht etwa Bismarcker, nein die geächteten Sozialdemokraten.

Daß aber diese Argumentation, so fadenförmig sie auch ist, im Reichstag ihre Dienste nicht versagt, weiß Jeder, der die Personen kennt, auf die es dabei ankommt.

Die wesentlichste derselben ist der alte Fuchs von Reppen. Nun, Herr Windthorst hat schon vor Jahren im Reichstag

rundweg erklärt: Ich habe zwar seinerzeit gegen Einführung des Sozialistengesetzes gestimmt, aber das ist für mich kein zwingender Grund, seine Abschaffung unter allen Umständen gutzuheißen. Etwas Anderes ist es, ein Gesetz einzuführen, etwas Anderes, es abzuschaffen. Und er wird, wenn es ihm in den Kram paßt, hinzufügen: Da mir die Zustände heute nicht derart erscheinen, daß eine Abschaffung des Sozialistengesetzes ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung vorgenommen werden könnte, so stimme ich für Verlängerung. Und die kleine Erzählung wird diese Erklärung durch einige höchst pathetische Deklamationen wider die Revolution ausschmücken, die ihren heiligen Ernst darthun sollen — wenn es ihr in den Kram paßt.

Und daß es Windthorst und Konjorten in den Kram passen wird, darauf deutet die neue Kirchengesetz-Vorlage hin, welche Bismarck soeben im preussischen Landtag eingebracht, die Aufhebung der Mairgesetze, die den vollständigen Rückzug seiner unfehlbaren Durchlaucht auf dem Gebiete des so stolz begonnenen Kulturkampfes besiegelt. Für eine solche eklatante Selbsterniedrigung leistet man gern einen kleinen Gegendienst. Die Deutsch-Freisinnigen dürfen sich diesmal mit Seelenruhe als Catone des Rechtsgebauens aufspielen — Windthorst's Getreue verbürgen die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Für uns hat die ganze Angelegenheit nur ein theoretisches Interesse, wir sind auf die Verlängerung gefaßt, und es kann uns sehr gleichgültig sein, auf welchem Wege sie zu Stande kommt. Wir können nur diejenigen, die dabei mitwirken, unserer lebhaftesten Erkenntlichkeit versichern. Die Sozialdemokraten haben ein gutes Gedächtniß, daß dürfen sie überzeugt sein.

Im Uebrigen gehen wir unsern alten Weg fest und unerschütterlich weiter. Mögen unsere Gegner thun, was sie wollen, um keines Haares Breite lassen wir von unsern Grundsätzen abhandeln. Hat der allmächtige Kanzler trotz allen Jappelns und Sträuben im Kampf mit der Kirche nach Kanossa gemußt, nun, so wird auch der Tag nicht ausbleiben, wo er im Kampf mit der Sozialdemokratie sein inneres Sedan findet — er und seine Mitschuldigen.

Und alles Leid, alles Elend, welches das infame Polizeigesetz über unsere Mitkämpfer gebracht, alle Opfer an Leben und Lebensglück werden dann — unvergessen sein.

## Zur Frage der Religion.

Die Aufforderung des Genossen Doh in Nr. 3 des „Sozialdemokrat“, die Frage der Stellung unserer Partei zur Religion aufs Neue einer Erörterung zu unterziehen ist mehrfach auf fruchtbarem Boden gefallen. Es liegen uns eine Anzahl Einwendungen über dies Thema vor, und da der Raum unseres Blattes es nicht gestattet, sie sämtlich vollständig wiederzugeben, so lassen wir sie hiermit auszugewisse folgen.

Ein Genosse, der sich „Richard Konsequenz“ unterschreibt, ist zunächst der Ansicht, daß, als der Satz: „Die Erklärung der Religion zur Privatsache“ ins Programm aufgenommen wurde, man schwerlich von der Ansicht ausgegangen sei, der „ganze Blander habe zu wenig Bedeutung.“ Dieser Standpunkt sei sehr inkorrekt.

„Wohl mag“, schreibt er, „der ganze Plunder für Einzelne sehr wenig Bedeutung haben, für die Gesamtheit aber hat er desto mehr Bedeutung. Wer die Religion nicht konsequent bekämpft, und hierzu gehört das Austritten aus der Kirche, dem ergeht es wie dem Proletarier, welcher den Kapitalismus nicht bekämpft, in der Meinung, es komme auf Einen mehr oder weniger nicht an.“

Ebenjowenig werde sich ein Sozialdemokrat von einem religiösen Mann in die Enge treiben lassen; jeder Genosse werde frei und offen bekennen, daß die Sozialdemokratie entschiedene Gegnerin der Religion ist. Derjenige würde allenfalls als Thor angesehen, welcher unsere Partei als eine nicht kircheneindliche hinstellen wollte, und dies auch mit Recht.

Was aber das Programm anbelangt, solle es mit dem zur Diskussion gestellten Satz beim Alten bleiben.

„In dem Satz „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ist der Charakter des Kampfes gegen die Religion offen proklamirt, das heißt gegen die Kompetenz des Staates, den Angehörigen die Religion aufzuzwingen. Wenn die Religion Privatsache ist, dann wird sie auch nicht mehr vom Staat oder der Gesellschaft unterhalten oder unterstützt, und wird sie dies nicht mehr, dann sehen sich die religiösen Menschen gezwungen, ihre Religion, statt in der Kirche und in Gemeinschaft des „Seelsorgers“ daheim zu kultiviren. Wenn endlich die Religion, weil Privatsache, nicht mehr in der Schule oder Kirche gelehrt wird — die Pfaffen und übrigen Seelenhirten werden sich hüten, Religion zu lehren, wenn sie an Stelle eines Aequivalents, das hinreichend für ihre Existenz ist, nur einige Betteispennige von ihren treuen Schülern, dagegen von der Gesamtheit nur Berachtung ernten —, so mögen wohl die Alten in dem Glauben an die dereinstige Seligkeit zum ewigen Leben eingeben, die Jungen sicher nicht; diese sind dann am längsten fromm und gottesfürchtig gewesen.“

„Der bestrenndeste Gesichts, von welchem der Genosse Doh spricht, scheint sich über die Tragweite des Begriffs „Privatsache“ auch noch nicht recht im Klaren zu sein, wenn er meint, wir wollten uns in Bezug auf diesen Punkt um unsere Aufgabe herumdrücken. Sonst müßte er doch jedenfalls wissen, daß diese „Erklärung der Religion zur Privatsache“ in anderen Worten ausgedrückt nur heißt, die Religion auf den Aussterbe-Etat setzen. Und in Verbindung mit den Forderungen: „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat, allgemeine Schulpflicht.“ besagt es, daß in der Schule und sonstigen Bildungsinstituten in Zukunft nur die Wissenschaft maßgebend sein soll.“

Das Volk schmachtet nur solange in den Banden der bewährtesten Schmarotzer, als es vom Staat gezwungen wird, dieselben zu tragen. Hätte das Volk seinen freien Willen, so würden die Pfaffen bald allzu-

sammen ihr elendes Gewerbe an den Nagel hängen, um dafür ein der Menschheit nützlicheres zu ergreifen.

„Lassen wir also in diesem Punkt das Programm beim Alten!“

Ein württembergischer Genosse schreibt uns: Der Artikel in Nr. 3 über „Unser Programm und die Frage der Religion“ scheint mir noch einige Klarstellung zu bedürfen. Genosse Doh hat seiner an sich richtigen Gesinnung allerdings den richtigen Wortausdruck nicht gegeben. Wenn aber in dem Artikel gesagt wird: „Auch die Katholiken bekämpfen den Aberglauben“, denn sie lähen den Materialismus als Aberglauben an, so sind das Worte, welche leicht zu Mißverständniß führen.

Es ist ganz richtig, nur wo Glauben ist, kann von Aberglauben die Rede sein. Aber gerade dahin ging die Ansicht des Genossen Doh, daß unser Programm aussprechen solle, das „Glauben“ ohne Prüfung sei unfruchtlich, ein jeder Parteigenosse habe die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Genossen vom unbedeuten Glauben überhaupt abkommen und alle Einrichtungen unserer Gesellschaft auf ihren Ursprung, ihren Zweck und ihre derzeitige Bedeutung für die Gesellschaft prüfen.

Genosse Doh spricht nicht von „Religion“ in dem abstrakten Begriff, der dem Artikel zu Grunde liegt, sondern von den bestehenden Religionen, den staatlich geschützten Kirchen, dem Katholizismus und dem Protestantismus. Diese Religionsformen können mit unseren derzeitigen staatlichen Einrichtungen aufs Engste zusammen und bilden ein Glied, und zwar ein sehr weitspannendes Glied, in der Kette, welche die Gesellschaft der Regierenden und Besitzenden zur Fesselung der anderen Klassen anwendet.

Die staatlich autorisirten Kirchengemeinschaften sind etwas ganz Anderes als bloß religiöse Gemeinschaften, sie sind in ihrer staatlich geschützten Autorität bereitwillige Handlanger für Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft, sie sind staatliche Institute und in den Dienst des Staates getreten. Wenn sich eine solche Kirchengemeinschaft recht in ihrer Macht fühlt, wie die katholische Kirche, so kann es ihr auch einfallen, den Staat selbst zum Diener ihrer Herrschaftspläne machen zu wollen, wie auch von den staatlich regierenden Klassen jede den Staat allein dienstbar machen will und theilweise nach Zeit und Umständen diesen Zweck erreicht. Aber immer wird die staatlich autorisirte Kirche den Zwecken der regierenden Klassen ihren Arm leihen, und dieser Arm ist stark durch den Adel, welche diese Kirchen in den Gebirgen der zum Denken nicht angeleiteten Massen durch den Dunst ihrer Lehren bewirken.

Genosse Doh wollte offenbar nur den Kampf fordern gegen diese Handlanger des Staates in der Unterdrückung des Proletariats.

Dieser Kampf ist eigentlich in unserem Programm schon enthalten, aber durch die These: Die Religion wird für Privatsache erklärt, verflumpft. Ein echter Sozialdemokrat kann kein konfessioneller Mann sein, er kann nicht selbst Handlangerdienste zur Unterdrückung des Proletariats leisten. Dies im Programm durchsichtig auszusprechen, wird nothwendig sein, also auszusprechen: Bekämpfung der staatlich autorisirten Kirche als Dienerin der Staatsgewalt zur Unterdrückung des Proletariats.

Der Sturz der staatlich autorisirten Kirche ist nach meiner Ansicht in dem Programm implizite ausgesprochen, sollte aber ausdrücklich als Ziel der Sozialdemokratie erwähnt werden.

Die Macht der kirchlichen Autoritäten in Beihilfe zur Unterdrückung des Proletariats darf nicht gering angeschlagen werden, gerade weil sie sich, wie der Artikel sagt, auf materielle Mittel stützt; und mit Wöthen über religiöse Widerprüche wird diese Macht nicht gebrochen, sondern nur durch die Aufklärung des Proletariats über die Art und Weise, wie diese kirchlichen Autoritäten ihren Einfluß auf das Proletariat zur Unterdrückung desselben gebrauchen, wie diese kirchlichen Autoritäten ihre sogenannten Lehren immer nach den Zeitumständen einrichten, um ihre Gewalt über das Proletariat zum Zweck seiner Unterdrückung zu befestigen.

Die Durchführung des Sozialismus ist überhaupt nur möglich, wenn der Kampf gegen alle Autoritäten, welche an der Unterdrückung mit geistigen oder materiellen Mitteln sich betheiligen, in schneidigster Weise durchgeführt wird.

Der Ultramontanismus als Gegner der Regierung aus Nachfragen mag dem Sozialismus nicht unangenehm sein, er lockert in etwas die Autorität der regierenden Klassen; aber das sind Epiphonen, und im Ganzen schadet gerade diese Ableitung des Proletariats durch den Ultramontanismus von seiner Aufgabe im Grunde mehr, als er nützen kann. Nicht die religiöse Ansicht an sich muß bekämpft werden, sondern das staatliche Kirchengestüm, und dabei wird natürlich auch die religiöse Ansicht, wie schon angedeutet, hinsichtlich ihrer Entstehung und ihres Zweckes einer eingehenden Kritik unterzogen werden müssen.

Aus Berlin erhalten wir folgende Zuschrift:

An dem Postulate: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ist meines Erachtens grundsätzlich gar nichts zu ändern, es schließt Alles ein, was vernünftigerweise den Religionsgemeinschaften als solchen gegenüber geschehen kann. In dieser Beziehung wäre höchstens eine fortreilere redaktionelle Fassung zu befürworten. Was aber gegen den religiösen Glauben oder Aberglauben, wie man es nun nennen will, direkt geschehen kann, fällt in das Gebiet des Unterrichts.

Wenn also unser Programm reformirt werden sollte, so wäre hier der Hebel anzusetzen. Daß die Religion, sobald sie Privatsache ist, aus der Schule fortbleibt, ist selbstverständlich; aber dieses negative Faktum genügt noch nicht, es könnte auch etwas mehr über den Unterricht selbst gesagt werden, über seine Richtung und seine Absicht. Aber nur kein „Kulturkampf!“, nur nicht die Religion von Staatswegen verbieten wollen! Die Köpfe zum selbständigen Denken erziehen, das ist und bleibt die Hauptsache.

„Ich halte dafür“, schreibt ein anderer Genosse, „daß in Beziehung sogenannter religiöser Fragen nicht nur unsere Stellung zu den bestehenden Konfessionen überhaupt, sondern daß unsere Weltanschauung im Programm klar und rücksichtslos ausgedrückt sein sollte. Der Postus „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ist meines Erachtens eine unwürdige Palliation, oder auch, wie sich der Einsender in Nr. 3 gelinde ausdrückt, eine nicht zu rechtfertigende Schwäche. Schon die einfachste Logik muß jedem den innern Widerspruch zum Bewußtsein bringen, der darin liegt, daß ein Anhänger des Glaubens an einen persönlichen Gott, der unsere Bestrebungen nicht nur anmaßend, selbstüberhebend, sondern sogar gotteslästerlich finden muß, indem wir uns unterfangen, Gottes weise Weltregierung ändern, ja sogar derselben zu wollen, daß ein solcher Gläubiger auch noch Sozialdemokrat sein können. Kein, solche konfuse Köpfe taugen nichts, auch wenn deren Stimmen gelegentlich uns zufließen, es sind schwache Köpfe, die der erste beste Sturm umreißt und die vielfach Solche, welche alle Anlagen vertragen, kräftige, festwurzelnde Stämme werden zu wollen, aber noch jugendlich schwach sind, auch noch mit sich reifen. Damit soll natürlich

nicht gesagt sein, daß wir die Stimmen Solcher verschmähen, sondern nur, daß sie als Parteimitglieder nichts taugen. Schon oft ist bestätigt worden, daß das Sozialistengesetz seine gute Wirkung gehabt hätte, indem es die unzuverlässigen, zweideutigen Elemente der Partei vertrieben hätte; gut, tragen wir nicht unserer Partei noch viel mehr dazu bei, zielbewußte Mitglieder heranzuziehen, was doch vornehmlich durch ein klares, präzis ausgedrücktes Programm angebahnt wird. Darum offene Bekämpfung alles dessen, was wir wollen, ja wollen müssen, auch auf religiösem Gebiet, dann werden diejenigen, welche sich für unsere Bestrebungen interessieren, nach allen Richtungen zum Denken veranlaßt werden, ohne welches von einem thätigsten, zuverlässigen Parteimitglied keine Rede sein kann. Konsequente Parteimänner zu erziehen hat eine Partei wie die unsrige in erster Linie nötig. Deshalb glaube ich, es wäre sehr notwendig, daß obgenannter Passus gestrichen und durch einen für das Programm der Sozialdemokratie passenderen (in welchem noch etwas präzisere Fassung als der in Nr. 3 vorgeschlagene) ersetzt würde. Auch glaube ich, daß kein Gegenstand irgend welcher Art mehr sich heftig sein kann, nachdem der Reichstagsabgeordnete Bebel seinerzeit im Reichstag, also vor der ganzen zivilisierten Welt, die Erklärung abgab, daß die Sozialdemokratie auf politischem Gebiete die Republik, auf ökonomischem den Sozialismus und auf religiösem den Atheismus anstrebe, ohne daß er von der Partei aus irgendwie perhorresziert worden wäre, somit also dieser Ausdruck für kompetent erachtet wurde.

Leopold.

Soweit die Einwendungen. Unseren eigenen Standpunkt haben wir bereits in Nr. 5 d. Bl. entwickelt und können und daher jeder zufälligen Bemerkung entgegenstellen.

## Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 16. Februar 1886.

Der „anarchistisch-sozialistische Aufruhr in London“ ist der deutschen Reaktionspresse natürlich ein gefundenes Fressen. Zwar war er weder „anarchistisch“, noch „sozialistisch“, noch ein „Aufruhr“ — allein das sind Kleinigkeiten, über welche sich ein großer Reptil-Geist leicht hinwegsetzt. Wozu haben wir Telegraphenbureau? Und wozu Reptilien im Ausland so gut wie im Inland? Es ist interessant, die Entstehungsgeschichte dieses „anarchistisch-sozialistischen Aufruhrs“ zu verfolgen.

Montag den 8. fanden in London die Vorbereitungen statt, welche zu jenem „Aufruhr“ herhalten mußten. Eine Reihe von Londoner Telegraphenredaktionen trafen schon am Nachmittag des 8. in Berlin ein, welche die Schauerrede von dem „anarchistisch-sozialistischen Aufruhr in London“ erzählten. Und diese Telegramme gingen überall hin, wo es ein Telegraphenbureau gibt, und füllten alle Zeitungen.

Der folgende Tag brachte haarsträubende Einzelheiten; indes, wer eine kritische Lupe nahm, bemerkte sofort Widersprüche, und für Jeden, der die Londoner Verhältnisse kennt, wurde es sofort zur Gewissheit, daß hier zu Lande wiederum auf das Niederträchtigste geklunget worden ist und gesunken wird.

Inzwischen sind die Londoner Blätter eingetroffen. Wohl, sie sprechen los von „Beratungen unbeschäftigter Arbeiter“ und von den Exzessen, welche der Mob und die Pickpockets (Taschendiebe) in verschiedenen Straßen verübt haben. Daß, wo ein großer Crowd (Menschenansammlung) in London stattfindet, auch weltstädtisches Gefindel dabei ist, das die Gelegenheit zum Stehlen und zum Raub benützt, weiß Jeder, der London kennt, und liegt außerdem auf der Hand.

Genau — der „anarchistisch-sozialistische Aufruhr in London“ ist eine infame Reptilienlüge — in die Welt gesetzt zu dem Zweck, dem Sozialistengesetz, welches in diesen Tagen vor den Reichstag kommen wird, die Wege zu ebnen und den deutschen Philister in die, den Zwecken der herrschenden Reaktion so nützliche Gruselstimmung zu bringen.

Uns selbst schreibt man aus London:

Die Panik, welche die Freiheit des Philisters wieder einmal so schön bergehen, und die in der deutschen Presse ein so verhängnisvolles Echo gefunden, hat sich gelegt. Man sieht jetzt, daß die Sache nicht so ernst war, als sie anfänglich aussah.

Das Meeting vom Montag war von konservativ-schutz-bürokratischer Seite einberufen worden, um dem Ministerium Gladstone Verlegenheiten zu bereiten, und die Leute von der sozialdemokratischen Föderation unter Hyndmann's Führung hatten die Gelegenheit benützt, um für ihre Forderungen Propaganda zu machen. Sie hatten sich zu diesem Behufe sehr geschickt organisiert, sie waren die ersten auf dem Platz und postierten sich an dem Punkt, der vor Ansprachen an die Massen am geeignetsten, den Geländern der Terrasse vor der Nationalgalerie. Am Aufforderungen zu sofortigen Gewaltthaten habe ich in ihren Reden nichts gehört. Sie sprachen nicht leidenschaftlicher als in früheren Versammlungen. Aber ihr Publikum, der Besuch des Meetings, war eben anders als gewöhnlich. Die radikalen Arbeiter hielten sich gänzlich davon fern; daher waren im Gegensatz zu der Dohdrees-Demonstration (beifalls Wahrung des Verhältnisses)

## Feuilleton.

### Preussische Gefängnisse.

Die Folter in einem deutschen Gefängnis, angewandt gegen einen deutschen Reichstagsabgeordneten, um Geständnisse zu erpressen.

Vor einigen Wochen ergriff der Halberstädter Staatsanwalt Schöne die deutsche Presse wiederholt mit Aufschritten, die darthun sollten, daß es Genosse Heine während seiner sechsmonatlichen Haft ganz ausgenommen ergangen sei — weit besser, als er verdiente. Wir sind nun heute in der Lage, diesen staatsanwaltschaftlichen Erzählungen einen zuverlässigen Bericht aus ganz unparteiischer Feder gegenüberzustellen, aus dem hervorgeht, daß Heine in geradezu unerhörter Weise mißhandelt wurde, und daß es nicht an Herrn Schöne lag, wenn es Heine nicht noch schlimmer erging.

Unser Berichterstatter schreibt:

Am 2. Oktober 1884 wurde Genosse Heine vom Halberstädter Landgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen von der Heilsgemeinde Bericht über die auf christlicher Nächstenliebe begründete Arbeiterkolonie Seyda in seiner „Halberstädter Sonntagszeitung“ gebracht. Heine hatte keinen Verteidiger, und das Recht, daß sein Gewährungsmann am Tage der Verhandlung starb.

„Von einer Ausbeutung der Wahabenden kann gar keine Rede sein“, sagte der Vorsitzende, „denn jene sind ja freiwillig in die Anstalt eingetreten. Wenn auch der Vorstand der Anstalt den größten Theil der Angaben des Kritikers zugegeben, so sind doch mehrere und bewiesen geblieben, und wenn alle bewiesen worden wären, so würden doch Ausdrücke wie „Kulmwesen“, Ausbeutung der Aermsten und Elendesten unter und zu Gunsten einiger Pfaffen und Betrüder“ u. s. w. strafällig sein.“

„Die Strafe muß eine empfindliche sein!“ sagte der Staatsanwalt Schöne (derselbe, der in einer anderen Prozeßsache vorher Heine auf seine Bildung geprüft, d. h. in einer verchiedenen Frage aus dem Gebiete der Philosophie, Kulturgeschichte u. s. w. vorgelegt hatte, um hinterher die hohe Bildung des Angeklagten als Verursacher eines Grund geltend zu machen). Das Gericht schloß sich der Anschauung an und verurtheilte Heine zu 6 Monaten Gefängnis, welche Strafe derselbe am 18. Juni v. J. antrat.

Beim Eintritt in's Gefängnis wurde ihm, auf ausdrückliche Anordnung des I. Staatsanwaltes Schöne, die Gefängnisordnung vorgelesen.

Kur ein einziger wegen seiner Raubeit bekannter Gefängnisaufseher durfte mit Heine verkehren.

Der Aufseher machte Anfangs seinem Rufe alle Ehre, wie aus folgenden Vorwürfen zu entnehmen. Heine hat mehrere Vorwürfe erhalten. In einer solchen Angelegenheit hatte er auch an einem drückenden heißen Juniabend einen Termin im dortigen Amtsgerichtsgebäude, zu welchem er von seinem Aufseher vorgeführt wurde. Im Wartezimmer

rehtes) die organisierten Arbeiter verhältnismäßig nur schwach vertreten, da die Masse der Arbeiterorganisationen in London radikal gesinnt ist. Dies erklärt es, daß das Rough-Element, die sogenannten Handwerker, sich so breit machen konnte. In den Exzessen wäre es jedenfalls nicht gekommen, wenn die radikalen organisierten Arbeiter in Masse dem Meeting beigewohnt hätten. Man sieht also, wie blödsinnig und erlogen die Behauptung der „gutgesinnten“ deutschen Presse ist, die Freiheit Englands habe die Exzesse möglich gemacht — unter dem Sozialistengesetz sei so etwas unmöglich. Die Krawalle am 8. Februar hier waren nicht ärger, als die Judenhetzen in Rußland, Preußen, Ungarn, die überall dort sich vollzogen, wo politische oder ökonomische Ursachen die Bildung einer selbstbewußten, organisierten Arbeiterklasse nicht zugelassen haben. Wenn Herr Stöcker in Berlin nicht auch solche „Erfolge“ erzielt hat, wie sie sich am Montag in London abspielten, so ist dies dem Umstand zu danken, daß daselbst trotz des Sozialistengesetzes noch eine selbstbewußte, einheitlich führende und handelnde Arbeiterklasse vorhanden.

Indem man sich vergegenwärtigen, daß das Elend und die Arbeitslosigkeit, wie ja auch anderwärts, wirklich sehr groß sind (man vergleiche die Unruhen in Birmingham, in Leicester, in Nottingham u. s. w.), und hier vielleicht bitterer empfunden werden als anderwärts. Man muß nur die ausgehungerten, zerlumpten Gestalten ansehen, die sich zu Tausenden auf dem Meeting befanden. Von diesen Aermsten der Armen zu verlangen, daß sie dem Verhörswort der „Rough“ im Interesse der „Ordnung“ entgegenwirken, ist abgeschmackt. Der hungerige Ragen ist ein gar schlechter Anwalt für die „Heiligkeit des Eigentums“.

Von rhabdaler Seite behauptet man vielfach, Hyndmann sei von torstischer Seite gekauft worden, um dem jetzigen Ministerium ein Bein zu stellen, damit die Konservativen mit gehöriger stiller Entrüstung dem Bürger sagen können: Seht, das sind die Früchte eines radikal-sozialistisch-homöopathisch gestimmten Ministeriums! Positive Beweise für eine Verbindung Hyndmann's mit seinen ehemaligen Freunden liegen bis jetzt nicht vor: daß der konservative „Standard“ später, wie andere Blätter, und nicht sehr energisch, die Verhaftung Hyndmann's verlangte, ist aber auch kein Gegenbeweis. Herr Hyndmann und Konsorten dürfen sich jedenfalls über den Verdacht nicht beklagen; er steht im Einklang mit ihrer bisherigen Praxis und Theorie.

Schließlich sei nur noch bemerkt, daß es keinem bedeutenden der hiesigen Politiker und Blätter einfällt, die Rede und Koalitionsfreiheit der arbeitenden Klassen in Folge der Vorgänge vom 8. Februar einzuschränken zu wollen. Die englische Arbeiterklasse ist zu stark, als daß ein englischer Minister es wagen dürfte, ein Zwangs-gesetz gegen sie zu beantragen. Die herrschenden Parteien suchen die Führer der Arbeiter zu korrumpieren, die selbst durch Konfessionen der guten Laune zu erhalten; aber sie wissen sehr gut, daß die Arbeiterklasse zum Rufen an-gemacht ist, der sie jermalen kann, wenn er will. Sie suchen ihn einzuschüchtern, anstatt wie es ihre kontinentalen Genossen thun, ihn durch Peitschhiebe zu erwecken, die ihn nur erbittern, nicht aber gefügig machen.“

Die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck galt bisher als ein noli me tangere; an ihrer Unfehlbarkeit zu zweifeln war Heiligenschild, um mindestens eine Art Majestätsbeleidigung. Nur dann und wann wagte es der Reichstag, auf das verbotene Gebiet sich zu begeben — aber dann nur, um dem „großen“ Reichstagskanzler seine Bemühungen für die Apotheose zu bereiten. Alle Parteien hielten an der frommen Tradition fest; und mehr als alle hielt daran fest die gesinnungsgläubige bieder-männliche Fortschrittspartei.

Zuerst wurde die Tradition von den Sozialdemokraten durchbrochen, welche den organischen Zusammenhang der äußeren und inneren Politik des pommerischen Junkers Bismarck ausbeden und nachwies, daß derselbe, bei Licht betrachtet, in der äußeren Politik ebenso wenig wie in der inneren ein Herzensmeister sei. Eins der dunkelsten Kapitel in der Geschichte Bismarck's ist sein Verhältnis zu Rußland. In Rußland mit Recht den Hort der Reaktion, den Schlüssel seiner eigenen Politik erblickend, hat dieser pseudo-deutsche Staatsmann die Interessen Rußlands stets über die nationalen Interessen Deutschlands gesetzt — kein Dienst, den er nicht Rußland geleistet hätte, seine Unwürdigkeit, die er sich nicht von Rußland hätte gefallen lassen. Das stärkste Stück leistete er im Frühjahr 1884, wo er es bewirkte, daß den Russen, welche bei ihren bankrotten Finanzen nirgends mehr Kredit fanden, in Deutschland 300 Millionen Mark gepumpt wurden — zum Dank dafür, daß die russische Regierung die Deutschen in den Dnieproprowinzen auf's Keckerste unterdrückt, einen unerbittlichen Zollkrieg gegen uns führt, und durch die verächtliche Grenzperre unsere östlichen Provinzen zu Grunde richtet. Diese Liebedienerei hatte zur Folge, daß die Engländer all ihre saulen russischen Papiere nach Deutschland warfen, so daß die deutschen Kapitalisten jetzt für 2 Milliarden russische Staatspapiere in Besitz haben, die beim ersten ernsthaften Kanonenschuß nicht mehr werth sind als das Papier, worauf sie gedruckt sind. Dieser staatsmännliche Streich des „genialen deutschen Staatsmanns“ wurde bei der dritten Lesung des Etats vom Genossen Lieberich zur Sprache gebracht — zur großen Verlegenheit der anwesenden Herren Minister und der Herren Konservativen und Nationalliberalen. Thatenlassen sich leider nicht weg-lagen. —

klagte er über brennenden Durst und bat den Stiefvater seiner Mündel, den Strinseher Müller, ihm ein Glas Wasser zu holen. Müller kam bald mit einer Flasche Wärsenbier (ein dünnes, billiges Volksgetränk dortiger Gegend), von welchem er Heine ein Glas anbot. Allein der Kuffeher litt trotz aller Bitten der Anwesenden (natürlich gebürtige Heine nicht zu den Bittenden) nicht, daß Heine davon auch nur einen Tropfen erhalte. Der Kuffeher sagte, ihm sei vom I. Staatsanwalt die Forderung der Entziehung der Gefängnisordnung gegen Heine vorgeschrieben, und was man wolle, solle sich über ihn beschweren.“

Im Uebrigen wurde Heine in Einzelhaft gehalten und jeder Verkehr mit anderen Gefangenen auf's Strengste verboten. Freistunden — täglich zwei halbe Stunden — hielt sein Kuffeher mit ihm allein. Der Kuffeher blieb auch in der Folge allerdings peinlich streng und gewissenhaft, aber seine Rauheit wuchs bald einem humaneren Benehmen Platz. Ein Weisheit, welcher bei Heine gefunden wurde, ward ihm abgenommen, und der Antrag Heine's, ihm literarische Selbstbeschäftigung zu gestatten, vom Staatsanwalt Schöne abgelehnt. Der Oberstaatsanwalt in Raumburg, bei welchem sich Heine hierüber und auch deshalb beschwerte, weil ihm die gewöhnliche demokratische oder deutschfreisinnige Zeitungsliteratur nicht gestattet worden, stellte sich auf Seite des Staatsanwaltes Schöne, die Antworten dieser beiden hohen Gesetzesvertreter waren in einem Tone gehalten, als wenn sie an einen Verbrecher schlimmster Sorte gerichtet gewesen. Später ward dem Gefangenen das Lesen des Stöcker'schen „Reichsbaten“ erlaubt; ebenso erhielt Heine eine Sendung Bücher aus der Reichstagsbibliothek, welche er mit Bewilligung des Staatsanwaltes befiel.

Eines Tages, als Heine freistunde hielt, rebete ihn der Staatsanwalt Schöne an, und fragte, wie es ihm ginge. „Soweit ganz gut!“ gab Heine zur Antwort. — „Ob er Wärsenbier habe?“ — „Allerdings, literarische Beschäftigung.“ Darauf Schöne: „Wie kann ich Ihnen gestatten, literarische Arbeiten zu unternehmen, da Sie doch gerade wegen dieser Thätigkeit hier sind — das hieße ja gerade soviel, als wenn ich einem Spitzhaken Gelegenheit geben wollte, sich in seiner Kunst auszubilden (wörtlich), denn daß Sie ein sozialdemokratischer Agitator sind, werden Sie doch nicht bestreiten!“ — „Rein,“ gab Heine zur Antwort, „ich bestreite das keineswegs, ich gebe Ihnen vielmehr die Versicherung, so fort wieder in diese Agitation einzutreten, wenn es meine Umstände erlauben, ich werde stets kämpfen für das, was ich für Recht halte, und daran werden Ihre sechs Monate Gefängnis nichts ändern.“

„Nun, und warum beklagen Sie sich denn da?“ rief der Staatsanwalt ganz ergrimmt und mit feuerrothem Kopf.

„Ich beklage mich nicht im Geringsten, sondern ich verlange mein Recht, welches mir als politischem Gefangenen zusteht“, sagte Heine ruhig.

„Wir kennen nur Strafgefangene — Sie wollen ja Gleichheit, hier haben Sie sie“, antwortete Schöne höhnisch.“

\*) Dieser geistreiche Hinweis ist auch Genossen, die Straffast in

— Die Doppelwährungs-Schwärmer haben im Reichstag wieder einmal gequält. Gefährlich ist's ja nicht mehr — wir meinen nicht ernst — denn der biedere Otto, der unter Umständen zu allen möglichen demagogischen Experimenten zu haben ist, hat von Seiten seiner Geldleute sehr kräftige Bänke mit dem Jaunpfaß erhalten, die Jinger von diesem heikeln Thema zu lassen. So ist's denn der reine Spud; und die Donquixote des Bimetallismus haben sich diesmal auch damit begnügt, bloß einen frommen Wunsch auszusprechen.

Wenn man die Herren anhört, sollte man meinen, alles Elend der Welt komme von der Goldwährung. Das post hoc wird hier mit dem propter hoc verwechselt — die zeitliche Folge mit der ursächlichen Folge. Die Einführung der Goldwährung in Deutschland fällt bekanntlich mit dem „großen Krauch“ zusammen, und da ist es denn sehr natürlich, daß gedanklos oder im Denken nicht geschulte Leute den „Krauch“, und was mit ihm zusammenhängt, als eine Wirkung der Goldwährung betrachten. Nun — zur Widerlegung dieser kindischen und kindischen Auffassung genügt die Eine Thatfache, daß die Gebrechen, welche die Räter der Doppelwährung vermöchten allein zu machen — gleichviel ob sie Goldwährung, Silberwährung oder Doppelwährung haben. In Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika — zwei Ländern mit Doppelwährung — ist die Geschäftskrise vielleicht am akuten und heftigsten. Diese Thatfache allein genügt zum Nachweis der Abgeschmacktheit des bimetallistischen Schwandels. Gegenüber den tollen Phantasieereien der Leuzschner, Karbors, und wie ihre Mitnarren sonst heißen mögen, — und gegenüber dem Manichäertum eines Pamberger war es nöthig, daß der sozialdemokratische Standpunkt kurz zur Geltung gebracht wurde. Und das geschah durch den Genossen Kuer, der mit den beiden feindlichen Brüdern scharf in's Gericht ging.

X. Raum ist es bekannt geworden, daß es Eile hat mit der Verlängerung des Sozialistengesetzes, so macht auch die Polizei sofort eine passende Schwenkung und läßt an die Stelle der bisherigen „milden Praxis“ eine etwas strengere Praxis treten. Kame jetzt keine Unterbrechung in die „milde Praxis“, dann könnten die braven Reichsbürger sich am Ende einbilden, das Sozialistengesetz sei im Grunde genommen doch überflüssig. Genug — die Polizeitaktik ist verändert, und nachdem man eine Zeit lang mehr von Versammlungsverboten gehört hatte, regnet es jetzt wieder auf einmal solche. Auch Hausdurchsuchungen und ähnliche Liebliehkeiten kommen jetzt wieder häufiger vor.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte vor den Weihnachtstagen den Beschluß gefaßt, dem Wunsch des Präsidenten, die Debatte über den Belagerungszustand an demselben Tage stattfinden zu lassen, so die erste Lesung des Sozialistengesetzes beginne, sich nicht zu widersehen. Als nun nach den Ferien die Wahrscheinlichkeit dahin ging, daß der Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes erst im Laufe des März werde eingebracht werden, nahm die sozialdemokratische Fraktion jenen Beschluß zurück, und einigte sich dahin, den Präsidenten zu ersuchen, daß die Denkschriften über den „keinen“ Belagerungszustand recht bald auf die Tagesordnung gesetzt werden möchten. Inzwischen hat nun Bismarck seine Dispositionen völlig geändert; der Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes wird schon in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen, und nach kurzer Frist wird auch der betreffende Gesetzesvorschlag zur ersten Lesung gestellt werden. In eine vollständig getrennte Behandlung der Denkschriften wird unter solchen Umständen nicht zu denken sein; und es wird sich auch nicht vermeiden lassen, daß die Debatte über die Denkschriften sich vielfach auf denselben Hebel bewegt wie die Debatte über die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Allen Bemerkungen nach wird die Sache diesmal wieder ziemlich denselben Verlauf nehmen wie vor zwei und vor vier Jahren: die Besprechung der Denkschriften bildet den ersten Punkt der Tagesordnung, und wird ausschließlich den Sozialdemokraten überlassen bleiben; hierauf beginnt sofort die erste Lesung des Sozialistengesetzes, die allerdings zu einer längeren Debatte führen und mehrtägige zwei Tage in Anspruch nehmen wird. Das Resultat wird — wahrscheinlich auf Antrag des Hrn. Windthorst — Verweisung an eine Kommission sein. In der Kommission werden die bekannten alten Lohndrücker von Anträgen auf „Widerung“ austauschen und wieder untertauchen; und schließlich wird die Kommission die unveränderte Annahme des Sozialistengesetzes vorschlagen, und nur empfehlen, daß die Verlängerungsfrist von 5 Jahren auf 2 Jahre herabgesetzt wird. Damit wird die Regierung, welche entsprechend „vorgeschlagen“ hat, auch sehr gern zufrieden sein.

So wird's kommen. Allerdings werden die „Widerungsvorschläge“ diesmal eine größere Rolle spielen als die beiden vorigen Male, weil im Laufe des letzten Jahres ungewöhnlich stark in „politischer Heuchelei“ gemacht worden ist, und man den schönen, humanen Worten doch anstandslos halber „Thaten“ folgen lassen muß. Freilich was für „Thaten“? „Widerung“ des Sozialistengesetzes. Das ist ein Widerspruch in sich selbst, wie er nur in einer Zeit der politischen Heuchelei überhaupt verurteilt werden kann. Durch das Sozialistengesetz soll eine ganze Partei, sollen Tausende von Individuen todtgeschlagen werden — wenn auch nicht direkt, doch indirekt, in ihrer Existenz. Was soll das heißen: den Todtschlagungsprozeß mildern? Das Wort humanisieren, dem tödtenden Gift etwas Zucker beimischen, damit es nicht so schlecht schmeckt. Diese „Humanisierung“ des Sozialistengesetzes steht auf einer Stufe mit der „Humanisierung“ des Krieges, welche in unserer Blut- und Eisen-Zera des Massenmordes Mord geworden ist. Die Regierungen geben Jahr aus

Anderntags nach dieser Unterredung wurde Heine er öffnet, daß er ferner keine Bücher mehr aus der Reichstagsbibliothek erhalten dürfe. Briefe durfte er nicht schreiben, Papier und Feder besaß er nicht, die Gefangenenbibliothek hatte er durchgesehen, d. h. vier maderige Jugendbüchlein; die anderen 12-15 Zeckfäden waren selbst zum Zeitvertreib zu verrückt, Heine verlangte nunmehr, auf dem großen Arbeitsaal beschäftigt zu werden, wo Düden, Strohheden u. angefertigt werden. Hier waren 30-40 Gefangene, die ganze Anzahl pählte 100-120. „Das hieße ja, Ihnen eine permanente Agitationschule einrichten“, gab der Staatsanwalt zur Antwort und lehnte das Besuch ab. Dagegen wurde Heine angeboten, auf dem Hofe Holz mit zu hacken; doch mußte sein Hackelloch zehn Schritte von dem der anderen Gefangenen, die mit gleicher Arbeit beschäftigt waren, gestellt werden, und dürfe Heine mit den anderen nicht sprechen — während jene allerdings unter einander sprechen durften.

Hierzu wollte sich Heine keineswegs verstehen; da er nun tagelang ganz mütterleien ohne jede Beschäftigung und Lektüre war, so fertigte er sich aus Brodkrumen ein Schachspiel an, und spielte tagelang Schach mit dem Strohmann, bis er noch mehreren Tagen die für ihn angeschaffte Bibel erhielt, welche er aus Mangel besserer Beschäftigung durchlas. Besuche seiner Familienangehörigen durfte Heine monatlich nur einen erhalten, während diese Vorchrift gegen andere Gefangene keineswegs streng innegehalten wurde. Mehrere Freunde, welche Heine besuchen wollten, wurden vom Staatsanwalt zurückgewiesen. Von den Briefen, welche Heine schrieb, sind nur wenig hinausgekommen, die meisten wurden vom Staatsanwalt Schöne als „zur Versendung ungeeignet“ erklärt und zu den Personalakten Heine's gepastet, welche hierdurch und durch alle sonstigen Verhandlungen bald zu einem 2-3 Finger starken Faden anwuchsen. Was als ungeeignet zur Versendung und als geeignet für die Personalakten angesehen wurde, beweist folgender Fall. In einem Briefe Heine's an seine Frau war folgender Satz enthalten: „Sage doch dem Vorstand der Familien-Frankenliste, wenn das Schlimmste zum Schlimmen käme, möchten sie sich der Offenbacher Frauenliste anschließen.“

Dieses Satzes wegen ging der Brief nicht ab und befindet sich bei den Akten.

Auf Beschwerde der Frau Heine bei dem Justizminister änderte sich die Lage Heine's bedeutend, indem ihm die Lektüre englischer und französischer Bücher und bald darauf auch Papier und Feder, sowie auch die Benutzung einer Lampe auf seine eigenen Kosten gestattet wurde. Glücklicherweise verfiel Schöne weder französisch noch englisch und ließ daher alle sozialdemokratischen Bücher, welche noch ein besetzter Seite erhielt, in dessen Hände gelangen. Ende August fand Termin vor

ändern Gefängnissen durchgemacht, nicht vorerhalten geblieben. Natürlich ist die „Gleichheit“ in den Gefängnissen eine Fabel.

Jahr ein Millionen für die Vervollkommnung der Waffnen aus, und es sind auch Erfindungen gemacht worden von so fürchtbar mörderischer, zerstörerischer Kraft, daß die staalnerigen Soldaten der guten alten Zeit, z. B. des dreißigjährigen Kriegs, harr vor Erschauen und Entsetzen da stehen würden. Unseren modernen Kriegs- und Mordwaffen gilt das als etwas Selbstverständliches. Inbes „Humanität“ muß sein. Wir marschieren nicht umsonst „an der Spitze der Zivilisation“. Und so hat denn auch der Rassenmord ein humanes Zivilisationsrädchen zu tragen. Der ohne dieses Rädchen mordebt, der verstoßt gegen den internationalen Kodex; wer aber das Rädchen hübsch anzieht, und das Kammermutter nach allen Regeln des Moral-Kodex ins Jenseits befördert — der ist ein humaner Mann, und wandelt mit an der Spitze der Zivilisation. Mit dem Sozialistengesetz ist es genau dasselbe. Todgeschlagen soll werden — je mehr der verfluchte „Brut“, desto besser. Allein es soll in Form Rechtsens geschehen. Es soll mit Humanität geschehen. Die zweibeinigen „Patienten“, welche der Bivisektion durch das Sozialistengesetz unterworfen werden sollen, sind dabei mit äußerster Humanität zu behandeln, ebenso wie die vierbeinigen Versuchssubjekte beim unglücklichen anatomischen Lebendigerscheiden. Das Rassenmord muß sorgsam gehet, gesteuert und gesteuert werden, ehe die Lanze ihm ins Hirn hereinbohrt, — nur immer hübsch gemächlich und „human“; und damit es nicht hübsch jappelt und ein abschreckendes Bild des Schmerzes darbietet, muß es hübsch fest und sein säublich befestigt werden, so daß es sich nicht rühren und regen kann.

Die „Milderungen“ des Sozialistengesetzes sind nichts anderes als solche Humanisierungen der Bivisektion. Aber sind denn die Menschen Rassen, die sich ruhig vorsetzen lassen, bis zu dem jüngsten Tag? Je nachdem. Manchmal sollte man glauben.

Ein edler Weltweiser spielt sich zur Zeit zwischen den beiden Kategorien von Kulturträgern ab, welche die Aeger Afrika's mit den Segnungen der europäischen Zivilisation zu beglücken befrecht sind: zwischen den Handlungsbereitenden in himmlischem Jule, vulgo Missionären, und den Handlungsbereitenden in irdischem Jule, den tüchtigen patriotischen Kolonisationsfirmen. Die Ersteren haben wiederholt Klage darüber geführt, daß der Schnaps, den die deutschen Firmen, insbesondere die Herren Wörmann und Thormählen, in Kamerun z. B. importieren, ganz niederträchtiges Gift sei, an dem die Aeger scharenweis zu Grund gehen, und das selbst ein gebildeter Christenmensch in Europa nicht trinken könne, ohne sich den Tod zu holen. Dafür haben sich die gekränkten Wörmänner, deren Kalum noch soeben von dem Rhein bis an den Belt in allen Tonarten gepriesen ward, dadurch gerächt, daß sie den Welt in allen Tonarten gepriesen ward, dadurch gerächt, daß sie erklärten, mit dem himmlischen Schnaps, den die Missionäre in Afrika verkosten, sei es nicht besser bestellt. Die modernen Apokel seien meist verkommene Gesindel, sie betrieben das „Arbeiten im Weinberg des Herrn“ gar zu unethisch, indem sie sich vorzugsweise darauf verlegten, die Rasse zu verflüchtigen. Sie hätten also den Kaufleuten, die ja in diesem Punkt fürchtbar moralisch sind, nichts vorzuwerfen.

Und so geht der Weltweiser hinüber und herüber, wobei dann allerdings nichtliche Dinge zum Vorschein kommen. So erklärt der Afrika-Inspektor Zahn aus Bremen neuerdings in einer Zuschrift an die „Weser-Zeitung“, er habe vor Kurzem einen Bericht eines Afrika-Inspektors bekommen, welcher innerhalb weniger Wochen an dem Sterbebette dreier Aeger gestanden hat, die der Brandwein in irischen Tod gebracht. Herr Zahn ist der Meinung, daß Herr Wörmann die Ausfuhrzölle an Stelle der Einfuhrzölle in Kamerun und Logo zur Erleichterung der Brandweineinfuhr bestimme. Aus dem deutschen Zogogebiet würden nach Aussage eines Missionärs jetzt große Mengen billigen Brandweins in das englische Hinterland geschmuggelt, um den englischen Einfuhrzöllen zu umgehen. Die traurigen Spuren davon seien überall zu sehen gewesen. „Welch's, nicht wahr? Nicht zufrieden, die Aeger im eigenen „Schut“ zu verflüchtigen, schmuggelt man den mörderischen Jule auch in Nachbarland. Aber trotzdem sind die Engländer durch die Bank Heuchler, voll, und die Herren Wörmann, Thormählen und tutti quanti „Deutsche, bieder, fromm und stark.“

Und wer's nicht glaubt und ihre Thaten nicht als hochpatriotisch preist, ist ein Reichsfeind, denn das Reich ist der Schnaps, und der Schnaps ist das Reich.

Die fortschrittliche Springprojektion. Wer kennt nicht die famose Echterner Springprojektion in dem Tempo von drei Schritt vorwärts und dann zwei zurück? Unsere Herren Fortschrittler scheinen sich diese etwas problematische Art der Fortbewegung aneignen zu wollen — nach dem Beispiel ihrer nationalliberalen Geistesverwandten, die schon längst Echterner geworden sind. Bei der diesmaligen Beratung des Staatshaushalts-Stats haben unsere Fortschrittler eine ganz reguläre Springprojektion zur Ausführung gebracht. Während sie bei der zweiten Lesung mit bekannter Eiferfähigkeit verschiedene Posten strichen, z. B. den vom Marineminister sehr dringend gewünschten Aviso-Dampfer, haben sie jetzt für die dritte Lesung selber die Bewilligung mehrerer dieser Posten, u. A. auch des Aviso, beantragt. Was natürlich nicht hindert, daß sie so wie so bei der Endabstimmung für den ganzen Stat stimmen werden. Die byzantinische Gefälligkeit der Herren Fortschrittler hängt mit dem berühmten Logalitätsrad zusammen, welchen sie regelmäßig anlegen, wenn die „Dynamite“ in Frage oder ins Spiel kommt. Man erzählt sich, irgend einem Fortschrittler — nennen wir ihn Ricker, oder auch Richter (Eugen) — sei von irgend

einem anderen Fortschrittler — nennen wir ihn Jordanbeck — erzählt worden, irgend ein diesem nahegelegener Politiker — nennen wir ihn z. B. Sneyt — habe erzählt, daß irgend eine „maßgebende“, in den höchsten Regionen sich bewegende Persönlichkeit erzählt habe, der Kronprinz („unser Fritz“) habe den ganz besonders warmen Wunsch ausgedrückt, der Aviso möge doch bewilligt werden. — — — Und die Folge dieses schattenhaft-transzendenten Prozesses ist dann ein reeller Antrag, also lautend: „Freiherr von Frankenstein (Das Zentrum hat auch einen Logalitätsrad.) Ricker: Der Reichstag wolle beschließen: Als Titel 2 des Kapitels 7 folgende Postion annehmen: zum Bau eines Aviso 600,000 Mark.“

Und so weiter. Es kommt noch mehr. Mit einemmaligen Vor- und Rückwärtspringen begnügen die Echterner Springprojektionisten sich nicht. Und ganz abgesehen vom Logalitätsrad spielt hierbei auch einigermaßen das bekannte Gesetz mit, nach welchem ein Hakenfuß, der seinem gestrigen Herrn und Meister gegenüber einen Selbstständigkeitsanfall gehabt hat, hernach durch doppelte Schamlegel und Biegbarkeit den schlimmen Eindruck zu verwischen sucht. Der 16. Januar wird noch mehrere Buhgänge in Saal und Küche in seinem Gefolge haben. Das ist nun einmal — deutsch!

Nicht mehr und nicht weniger als 100 Millionen Mark fordert Bismard vom preussischen Landtag, um sein „nationales Werk“ in den Provinzen weiterzuführen. Dieses Geld soll dazu dienen, Grundbesitz, der sich in polnischen Händen befindet, anzukaufen und zu hohen Preisen an deutsche Landwirthe zu verkaufen oder zu verpachten. Da voraussehen ist, daß, falls der Antrag angenommen wird, die Polen wohl ihre Gegenmaßregeln treffen werden, so dürfte die erste Folge derselben ein Steigen der Preise des Grundbesitzes in Polen und Westpreußen sein. Der Staat würde also theuer ankaufen müssen und, um Deutsche nach Polen zu locken, billig verkaufen müssen — der Verlust geht ja aus der Tasche der Steuerzahler! Da zudem Bismard, um „wirksamer“ vorgehen zu können, volle Befugnisse freigegeben hat, und er außerdem nur „zuverlässige“ Elemente in den „gefährdeten“ Distrikten ansiedeln will, so stellt sich der ganze 100 Millionen-Fonds, wie Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ richtig bemerkt, schließlich als ein agrarischer Reptilien-Fonds heraus, weit gefährlicher für die Interessen des deutschen Volkes als für die des Polens. Denn an den Elementen, die unter den obwaltenden Umständen ihren Grundbesitz veräußern, die sich durch Bismard kaufen lassen, verliert derselbe nicht viel. Die Korruption und der Servilismus, die sich in Deutschland ohnehin so widerlich breit machen, werden aber nur noch vermehrt werden.

Geld, um zu korrumpieren, und den Polizeiknäuel, um zu malträtieren — das sind die Mittel der Staatskunst eines Bismard. Ohne dieselben ist es mit seinem Latein zu Ende. Welch großartiger, unübertroffener Staatsmann!

Worth von Königsworten. Ich gebe meines Theils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proklamationen — erklärte Bismard in der Landtags-Sitzung vom 28. Januar, als ein polnischer Abgeordneter die Bepreschungen erwähnte, mit denen Friedrich Wilhelm III., der „hochselige Vater“ von Bismards, „allergrößtem Herrn“, 1815 Befehl der ihm wieder zugefallenen polnischen Landestheile ergrieff. Es ist auch in der That nicht abzusehen, warum der Sohn Friedrich Wilhelms III., des „Gerechten“, das Wort seines Vaters heiliger halten sollte als dieser selbst. Was dem eigenen Volke recht, ist den Polen billig. Das ihnen gemachte Versprechen ist grade so viel werth wie das dem preussischen Volke gemachte Versprechen, als es eben demselben König aus der Tasche holen sollte.

Bei dieser Gelegenheit sei an ein weiteres interessantes „Königswort“ erinnert, das Barnhagen von Ense in seinen Remotoren erzählt (unterm 8. Mai 1855): „Dem König Friedrich Wilhelm IV. (dem „hochseligen“ Bruder Wilhelms) war die „Bosliche Zeitung“ verdrießlicher als jede andere, unaufhörlich besah er Hinkeldey, für zu unterdrücken. Einmal schrie er an diesen im höchsten Tone: „Die Tante Böh hat wieder in Theologie gemacht, es ist endlich Zeit, ihr die Bude zu schließen!“ — Hinkeldey ging zum König und stellte vor, das Preßgesetz erfordere hierzu ein Gerichtsurtheil. Der König rief: „Ich — auf das Preßgesetz!“ — „Inzwischen“ setzt Barnhagen hinzu, „besteht die „Bosliche Zeitung“ noch und der König — hat einen Stellvertreter.“

Der Gedankenstrich bedeutet hier, daß es mit den Gedanken des Königs zu Ende. Und der König ist verückt, wollte Barnhagen ursprünglich schreiben, aber der „Geheimrath“ hielt die Umschreibung für besser. „Ich — auf das Gesetz!“ Das ist in der That ein Königswort.

Im sächsischen Landtag fühlte sich neulich der konservativ-antidemokratische Abgeordnete Hartwig veranlaßt, den „Sozialdemokrat“ ein „Schandblatt“ zu nennen, das von „erbittertem Beschuldigten“ stamme. Dem Schlingel der wahrheitsliebenden „Dresdener Nachrichten“, dem übrigens Genosse Bebel sofort kräftig dienste, stand diese Entzündung besonders gut, er und seine Parteigenossen sind ganz besonders geeignet, uns Vorlesungen über Anstand und gute Sitte zu halten. Auf welches Niveau würde z. B. der „Sozialdemokrat“ sinken, wenn wir bei der „Reform“ des Herrn Pinkert in die Schule gehen wollten! Uebrigens wird jeder vernünftige Mensch begreifen, daß die Redaktion

Verfahren hierwegen eingestellt, wegen der ersten Anklage aber ein große Menge Feigen vernommen. Heine hatte die Wurst von seiner Frau während eines Besuchs zugestekt erhalten, verweigerte aber darüber jede Auslassung, da er fürchtete, den Gefangenhausinspektor in Angelegenheiten zu bringen, welcher diese Unterredung überwacht hatte. Auf Anordnung des Staatsanwalts Schöne wurde Heine nunmehr sofort in eine fast dunkle Arrestzelle im Keller gebracht, welche einerseits vom Kehlloch und andererseits vom Sandloch begrenzt und so enge war, daß Heine, als Tisch, Bett u. untergebracht war, keine drei Schritte gehen konnte. Selbst unter Mittag war das Leben nur mit großer Anstrengung möglich. Es wurde auch fortwährend so stark eingekerkelt, und zwar durch polnische Gefangene, mit denen sich Heine nicht verständigen konnte, und es war so wenig Ventilation, daß Heine, um es auszuhalten zu können, sich oftmals ganz nackt auszuziehen und auch oft sein vom Schweiß durchdrungenes Unterzeug zum Trocknen aufhängen mußte. Am 2. November beantragte Heine (d. h. bat nicht etwa), wieder nach seiner bisherigen Zelle überführt zu werden. Hierauf verfügte der erste Staatsanwalt Schöne wörtlich: „Dem Antrage des p. Heine kann nicht eher Folge gegeben werden, bevor er nicht der Wahrheit gemäß angibt, wie und auf welche Weise er in den Besitz der bei ihm gefundenen Wurst gelangt ist.“ Heine jagerte dennoch zu gestehen. Nach einigen Tagen kam der Gefangenenspektor zu ihm und theilte ihm mit, daß Frau Heine dazugewesen sei und ihn wegen einer sehr notwendigen Sache zu sprechen gewünscht habe, daß sie aber von ihm abgewiesen worden sei, da der Staatsanwalt angeordnet, daß Heine nicht eher Besuch empfangen dürfe, bis er gestanden habe. Diese Daft in dem ganz dunklen Kellerloch, wo nebenan ein schwerer Verbrecher an zwei Ketten lag, die beständig rasselten und täglich einmal geschüttelt wurden, hatte auf Heine's Gesundheit einen überaus nachtheiligen Einfluß. Kopf und Augen thaten ihm beständig weh; wenn er zur Freistunde ans Tageslicht kam, so mußte er sich erst mehrere Minuten mit halbgeschlossenen Augen an das Licht gewöhnen. Dabei litt er an Schwindel, so daß er beständig wie betrunken taumelte und mehrfach hinfiel, wozu sich heftige Leberschmerzen gesellten, so daß sein Gesicht eine wachstartige Farbe annahm und Frau Heine, als sie ihn wieder sah, wegen seines veränderten Aussehens in Thränen ausbrach. Es ist somit wohl nicht zuviel gesagt, daß hier nur von Zwangsmitteln, um Gesandnisse zu erpressen, die Rede sein kann, wobei übrigens zu bemerken, daß auf Beamtendestellung bis fünf Jahre Gefängnis stehen, und Heine eine solche nachzuweisen, war doch eben Zweck der staatsanwaltschaftlichen Zwangsmittel.

Da Heine wohl sah, daß er dieser Tortur, nach sieben Wochen fortgesetzt, körperlich erliegen müsse, und schließlich auch noch der Gefangenenspektor und Kuffeher ihm zuredeten und ihn baten, doch an seine Familie zu denken und sich nicht durch seinen Krog, der ihm doch

des „Sozialdemokrat“ für die ihr aus Deutschland zugehenden Korrespondenzen nur eine bedingte Verantwortung übernehmen kann. Ein Blatt, welches, wie das unsrige, allen Unterdrückten und Verfolgten seine Spalten öffnet, zu dessen ersten Pflichten es gehört, alle Mißbräuche und Schandthaten aufzudecken, ist in vielen Fällen seinen Korrespondenten gegenüber auf Treu und Glauben angewiesen, da wir nicht in der Lage sind, von hier aus die Wahrheit aller Mittheilungen zu prüfen. Wenn also wirklich einmal eine falsche Nachricht bei uns unterläuft, so ist dafür nicht unser Blatt, sondern sind, wie schon Bebel treffend bemerkte, die Verhältnisse verantwortlich zu machen, unter denen es erscheint. Man zeige uns ein Emigrationsblatt früherer Zeit, das eine so gemäßigete Sprache, eine so vorfichtige Haltung beobachtet hätte, als der „Sozialdemokrat“!

Wer sich durch den „Sozialdemokrat“ zu Unrecht angegriffen fühlt, dem steht das Recht der Entgegnung zu, das wir noch Niemandem verweigern.

— Man schreibt uns aus Berlin: „Seit dem Tode ihres langjährigen Redakteurs Philippo, eines Mannes von Charakter, welcher der Richter'schen Wirthschaft tüchtig zu Leibe ging, fängt die „Berliner Volkszeitung“ wieder an, in ihre früheren schlechten Gewohnheiten zurückzufallen. So enthält sie z. B. in ihrer Nummer vom 2. Februar eine direkt ausgesprochene Denunziation. Es wird dabei nämlich behauptet, die Opposition, welche sich innerhalb der Berliner freireligiösen Gemeinde gegen den bekannten Sühholzerpeler und Ranschetten-Demokrat Schäfer geltend macht, gehe von einer sozialdemokratischen Clique aus, welche die Verwaltung des Gemeindevermögens in die Hände bekommen wolle. Man sieht, eine zwiesache Denunziation. Und größtenteils Worte!“

Uebrigens hat die Denunziation nichts genügt; die Opposition über den bisherigen Vorstand hat bei der Neuwahl einen entschiedenen Sieg davon getragen.

— „In Sachsen bin ich Preuße, in Preußen bin ich Sachse.“ So oder ähnlich schrieb einmal in einem Privatbriefe der größte deutsche Prosa-Schriftsteller und einer der größten Revolutionäre und revolutionären Kampfschreiber, die je gelebt haben: Gottlieb Ephraim Lessing. Was er damit meinte, hat er deutlich genug gesagt und es ist auch an sich hinlänglich klar: man muß den Menschen überall den Spiegel ihrer Freiheit und Niedertracht vorhalten, und soll „Fremde“ nur loben, um diese Freiheit und Niedertracht scharfer hervorzuheben zu lassen. Rimmermehr aber soll man den umgekehrten Weg verfolgen, und die Anwesenenden auf Kosten der Fremden herausstreichen — das ist servil, liebedienerisch, byzantinisch. Ein Journalist, der das eigene Volk und die eigene Regierung in den Himmel erhebt, und über die fremden Völker und Regierungen loszieht, ist unter allen Umständen ein Gesinnungsstump. Wer nach dem Lessing'schen Rezept handelt, kann dagegen wohl einmal einen Mißgriff begehen, nie aber eine Gesinnungsstumperei.

In Sölingen war jüngst Neuwahl zum württembergischen Landtag, bei der sich auch unsere Genossen theilnahmen. Sie sind zwar gegenüber den Ordnungsparteien unterlegen, erhielten aber für ihren Kandidaten — Genossen Luz aus Stuttgart — 975 Stimmen gegen 820 bei der 1882er Wahl. Ein Zuwachs, der sich sehen lassen kann.

Sittenbilder aus der „besseren“ Gesellschaft. I. Aus einem Städtchen im nördlichen Baden schreibt man uns: Der ehemalige Redakteur einer hiesigen Zeitung, ein Herr J., kam am 18. Dezember v. J., Nachmittags 2 Uhr, aus seiner Druckerei in seine Wohnung, um etwas zu holen, und fand da — seine Frau und den hochherzoglichen Aktuar K. auf dem Sopha in der denkbar intimsten Situation. J. schlug sofort Alarm und leitete Klage gegen K. ein, während dieser J. auf — Beleidigung verklagte. Es kam zu allerhand Vorladungen, bis plätzlich eines Tages die Sache einschloß. Der Bürgermeister S. und der Oberamtmann Fr. — beides Ehrenmänner vom reinsten Kaliber — hatten es durch redliche Bemühungen dahin gebracht, die Sache zu begraben. Aktuar K. ist nämlich die rechte Hand des brauen Bürgermeisters von — wie's Reske heißt, verschweigen wir lieber. Deilig ist die Ehe und groß ist die Tugend unserer Stützen der Gesellschaft!

Gegen die brutale Aktion Bismards wider die Polen häufen sich die Proteste. Am 8. Februar nahm eine große öffentliche Versammlung des Frankfurter demokratischen Vereins nach einem längeren Referat Sonnemanns eine recht scharfe Resolution an, in der die Ausweisungen als „eine grausame, mit der Humanität und Gerechtigkeit unvereinbare und für die Erhaltung des Deutschthums unnothige Maßregel“ bezeichnet wird. Da diese Ausweisungen und ihre Konsequenzen ganz besonders die Deutschen im Auslande interessieren, so ist es auch nur natürlich, wenn diese ihrerseits sich rühren und zu dem „Staatsakt“ des Lenkers der deutschen Politik Stellung nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt fand am 15. Februar in Zürich eine große Versammlung der dortigen Deutschen statt, in der die Genossen Bernstein und Fischer die Bismard'schen Maßregeln gegen die Polen auf ihre Zulässigkeit und Wirksamkeit hin beleuchteten. Es ist bemerkenswerth, daß sich in dieser Versammlung nicht nur keiner der in Zürich

zu nichts helfen konnte, hinzuopfern, so gestand endlich Heine, durch Folter gezwungen, daß er die Wurst von seiner Frau erhalten habe, welche Angabe auch durch die weitere Untersuchung bestätigt wurde. Hatte aber Heine geglaubt, der Staatsanwalt werde wenigstens seinem gegebenen Versprechen nachkommen, so irrte er sich gewaltig, denn Heine blieb nach wie vor in der Arrestzelle, und erst als er ärztliche Untersuchung seiner Gesundheitsverhältnisse und ein Urtheil darüber verlangte, daß dieser Aufenthalt nicht seinen Tod herbeiführen würde, erließ der alte, weißhaarige, wohlwollende Gefängnisarzt und ordnete die sofortige Ueberführung Heine's nach seiner früheren Zelle an, welche auch nach einem zwölftägigen Aufenthalt in jenem fatalen Kellerloche vorgenommen wurde.

Da der Staatsanwalt durch die Untersuchung erfahren, daß Heine Sonntag einigemal neben seiner Krankensuppe auch einen Teller Kohlsuppe von dem Rittageffen der nichtkranken Gefangenen durch Güte des Küchenvorsethers erhalten, so überwachte er von da ab alle Sonntag Mittag selbst die Ausgabe des Mittagessens bis zu Heine's Entlassung. Die Disziplinarstrafe Heine's für Brod und Wurst bestand in Entziehung der Freistunde aus 8 Tage und Entziehung der Lektüre auf eine Woche. Doch endlich erschien auch der 18. Dezember, und nicht nur der Gefangene, sondern auch alle Kuffeher, welche soviel Unannehmlichkeiten — Ueberwachungen, Vernehmungen, Verwarnungen u. — wegen Heine gehabt, waren froh, daß die Zeit um war. Heine wurde durch eine Deputation Berliner, Magdeburger und Halberstädter Parteigenossen in Empfang genommen. Er hatte bei allen Körperlichen und Seelen-Weiden nicht eine Stunde den guten Humor verloren und sich bald, wie Jeder von uns mit Freuden bemerkt, auffallend schnell wieder erholt. Mehrere Gefängnisarbeiten von ihm — fünf, wie wir gelesen — sind unter der Presse.

Später erfuhr Heine auch durch Zufall, daß der Staatsanwalt ihn wegen jener Wurst nach einer anderen Strafanstalt, Gommern, hatte überführen lassen wollen, wo bereits eine Zelle für ihn hergerichtet worden war, was jedoch vom Oberstaatsanwalt in Raumburg abgelehnt worden, da es sich nur noch um einige Wochen Strafreise handle. Eine Eingabe, welche Heine nach seiner Entlassung machte, um Abschrift der staatsanwaltschaftlichen Folteranwendung zu erhalten, wurde von Schöne abgewiesen. Erwähnenswerth ist noch, daß die Kuffeher neben ihrem unausdramatischen Gehalt alle Jahre am 1. April eine Gratifikation bis zu 300 Mark nach freiem Ermessen des I. Staatsanwalts erhalten. Jedes Versehen wird mit Abzug von dieser Gratifikation bestraft, und die Furcht vor dem Staatsanwalt beherrscht das Gemüth jedes Kuffeher's. Alle diese Einzelheiten sind von Rittgefangenen Heine's u. s. w. dem Berichterstatter dieses bestätigt worden.

lebenden Bismärcker, die am Bierlich nicht genug zu renommiren wissen, zum Wort zu melden wagte, sondern daß sich auch keine Stimme aus bürgerlichen Kreisen erhob, um den Nebenmann aus der Sozialdemokratie zu sekundiren, obwohl es doch an solchen bürgerlichen Elementen nicht fehlt, die sich ihrer Mißbilligung der Bismarck'schen Maßregel rühmen. Diese „Zurückhaltung“ rief uns lebhaft das Wort in Erinnerung, welches Marx 1875 auf einem Meeting in London aussprach: „Polen hat in Europa nur einen Allirten: die Arbeiterpartei.“

Die in dieser Versammlung, der aus verschiedenen Orten der Schweiz Justimmungsadressen zugegangen, einstimmig beschlossene Resolution lautet:

„Die heutige Versammlung erklärt:  
Die von der preussischen Regierung insgerichteten Polen-Ausweisungen stehen im Widerspruch mit den wirklichen Interessen des deutschen Volkes;  
Sie sind eine Schmach für unsere Kultur und ein Faustschlag gegen alle Humanität und Freiheit;  
Sie sind der Ausdruck einer brutalen Junkerpolitik, die ebenso roh als furchtlos ist, weil diese Ausweisungen wieder Repressalien hervorgerufen, welche sich gegen die im Ausland lebenden Deutschen richten müssen.  
Wir im Ausland lebenden Deutschen verabscheuen daher diese völlerverwerfende Regierungsmassregel und begrüßen das Bortum des Reichstags als Hoffnung auf Widerstand gegen die fortgesetzte Herabwürdigung der deutschen Volksvertretung durch die Reichsregierung.  
Wir bedauern aber auch, daß der Reichstag nicht die Zurücknahme dieser schmachvollen Maßregel gefordert hat;  
wir brandmarken die Bedientenhaftigkeit der preussischen Landtags-Majorität,  
und ebenso den schändlichen Versuch des Reichstanzlers, die Partikular-Interessen Preussens und der deutschen Fürsten über die Interessen eines einigen und hoffentlich bald freien Deutschlands zu stellen.“

— Schnapspolitik. Das Wort würde den Oberschnapsbrenner Otto nicht so ärgern, wenn es nicht so wahr wäre. Und was den Otto ärgert, ärgert natürlich auch die deutsche Polizei. Denn Otto ist nicht bloß Oberschnapsbrenner, sondern auch Obergendarm des deutschen Reichs. Beim bloßen Wort Schnaps kommt die deutsche Polizei aus dem Häuschen, und sie bietet deshalb ihr Möglichstes an, um die Bewegung gegen das Schnapsmonopol, d. h. gegen die neueste Kugelmessung des Reichs-Oberschnapsbrenners, zu unterdrücken, oder richtiger nicht aufkommen zu lassen. Es regnet förmlich Verbote von Versammlungen, in denen über das Schnapsmonopol gesprochen werden soll. Wer den Schnaps antastet, lastet die Grundblagen der Bismarck'schen Politik und damit von Staat und Gesellschaft an. Also hands off! Hände weg! und Zungen weg von dem heiligen Reichs-Schnaps!

— Die schweizerische Arbeiterkassette hat einen herben Verlust erlitten. Einer der energischsten Vorkämpfer ihrer Forderungen, Salomon Bleuler in Winterthur, Redakteur des gut demokratischen Winterthurer „Landboten“ und jahrelanger Redakteur des „Grünländer“, ist in diesen Tagen einem Verleiden erlegen. Bleuler war die Seele der großen Züricher Reformbewegung der sechziger Jahre, er hat sich um das Zustandekommen der schweizerischen Fabrikgesetzgebung und damit um die Sache der Arbeiter aller Länder unsterbliche Verdienste erworben, mit einem Wort, er war überall da, wo es galt, den politischen Fortschritt zu fördern, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Ursprünglich Pfarrer, verließ er Ende der fünfziger Jahre die Kanzel mit der Feder und hat seitdem als ein echter, rechter Volksmann unablässig gewirkt. „Er hat“, schreibt der „Grünländer“, „im rühmlichen Gegenstand zu manchen Andern, die auch sich Demokraten nennen, den Inbegriff der Demokratie aber in einer bloßen Formel erkennen wollen, immer die sozialen Aufgaben des Staates mit Vorliebe und Entschiedenheit betont — nie zugegeben, daß die Demokratie fertig sei, wenn nur die äußere Form best. In den inneren Kämpfen des Grünländerkreises Mitte der sechziger Jahre wirkte er in diesem Sinne, und wenn diese blühende Organisation heute ein Pionier für den sozialen Fortschritt ist, so ist das ebenfalls zum großen Theil Bleulers Verdienst.  
Ehre seinem Andenken!

### Korrespondenzen.

Königsberg, 15. Februar. Am 8. d. Mts. hatten die Deutschfreisinnigen eine Volksversammlung betreffs des Monopols einberufen, in welcher Sobau zum Vorsitzenden gewählt wurde. Dr. Müller wollte unter dessen Vorsitz nicht sprechen, weshalb die Herren den Beamten boten, die Versammlung auszulösen, welchen Liebesdienst er ihnen auch erwies. Natürlich schrieben die liberalen Subskribenten, die Versammlung wäre von uns „geprengt“ worden. Am 9. Februar hielten nun wir eine Versammlung ab, in welcher Sobau das un-demokratische Verhalten der Freisinnigen entsprechend geißelt und unter großem Beifall der Versammlung (zirca 1500 Personen, Hunderte mußten stehen) gegen das Monopol sprach. Zum Schluss meldete sich ein Renegat, Altemeister Grigalis, früherer „Führer“ der Sozialdemokraten, zum Wort, um seine wohlverdiente Abfertigung zu finden. Sobau stellte ihn öffentlich als Renegaten an den Pranger. „Sollte ich einmal so handeln, so hängen sie mich an die nächste Laterne.“ (Schloß er unter lärmlichem Beifall. Die Versammlung wurde natürlich ausgelöst. Mit dem Antrag der „Marx'schen“ verließen die Arbeiter den Saal, wobei Herr Grigalis einige Ausrufungen fortgetragen haben soll. Ferner soll, wie die hiesigen Zeitungen vermelden, Sobau eine Anklage auf Grund des famosen § 130 des Sozialistengesetzes eingeleitet haben. Nun, nur immer zu, es wird ja nichts so heiß gegeben werden, wie die liberalen Staatsanwälte den Drei anröhren.

Breslau, 11. Februar. Auf Grund des Berichtes von hier, welcher in Nr. 3 dieses Blattes enthalten war, und in welchem von einer Denunziation R. Schlessinger's im Prozeß Windthorst die Rede ist, beschwerte sich derselbe in Nr. 5 dieses Blattes wegen ungerechtfertigter Beschuldigung und behauptet, daß er nicht der, sondern erst lastende Aussagen gemacht habe. Dem entgegen erlaube ich mir mitzutheilen, daß Herr Schlessinger betreffend der geheimen Verbindungen, auf welche unsere Genossen hauptsächlich angeklagt waren, vor Gericht beschworen, daß er ganz genau wisse, daß solche Gruppen, wie die es sich hier handelt, bestanden haben, und noch hinzusetzte, seine Hauskammer wären früher auch dabei gewesen. Er selbst habe sich nie daran beteiligt. Auf Grund

\*) Der betreffende Passus im ersten Schlessinger'schen Briefe lautete: „Thatsache ist, daß ich ebenso, wie sehr viele andere Personen von notorischer Parteigehörigkeit, zu einer Zeugnishaft in dieser Sache genöthigt worden bin. Meinem Wissens war ich jedoch absolut nicht in der Lage, einen der Angeklagten zu befragen, ich habe vielmehr ausgesagt, daß sie mir sämtlich von Berlin unbekannt seien. Daß die Verurtheilung auf Grund dieser Aussage beruhen könnte, ist lächerlich. In den mündlich publizirten Urtheilsgründen geschah meiner Aussage keinerlei Erwähnung. Ob das schriftliche Erkenntnis etwas davon enthält, weiß ich nicht.“  
Im zweiten Schlessinger'schen Briefe heißt es noch: „Dann wurde ich über die Gruppenbildung gefragt. Ich mußte zugeben, daß ich davon hätte sprechen hören, daß ich aber gar nichts Näheres darüber wüßte, insbesondere über die Beteiligung der Angeklagten (sich deshalb nicht, weil ich keinen derselben persönlich kenne.“  
Wir fühlen uns veranlaßt, das hier zu erwähnen, um auch dem Beschuldigten gerecht zu werden. Seine Darstellung weicht, wie man sieht, von der obigen wesentlich ab. Welches die richtige, dafür werden sich ja die Beweise unschwer beibringen lassen. Vielleicht ist unser Korrespondent oder einer der verurtheilten Genossen so freundlich, uns das schriftliche Erkenntnis zugehen zu lassen.  
Grade weil wir über das Denunziantenthum so streng denken, glauben wir auch in Bezug auf die Beschuldigung nicht vorzüglich genug sein zu können.

dieser Aussage sind unsere Genossen zu ziemlich hohen Gefängnisstrafen verurtheilt worden.

Dieses die kurze Erwiderung. Was ich gesagt, beruht auf Wahrheit, und kann ich dafür verschiedene Gewährsmänner angeden. Uebrigens hat auch die Redaktion dieses Blattes ganz Recht, wenn sie der Schließung der Druckerei Silesia Erwähnung thut, denn auch hier hat Herr Schlessinger das Seine gethan, der Polizei in die Hände zu arbeiten. Wir stimmen daher mit der Redaktion dieses Blattes überein, wenn sie sagt, überführte Denunzianten werden von der Partei selbstverständlich jederzeit ausgeschlossen.

### Einer von den Faulen.

Offenbach, im Januar. Auch ein Ausgewiesener! Zur Begründung unserer Warnung in Nr. 2 des „Sozialdemokrat“ theilen wir den Parteigenossen über das Thun und Treiben des genannten Marx Folgendes mit: Marx kam hierher, und wurde von den Genossenschaftsgenossen aufs Freundlichste aufgenommen. Es wurde ihm gute Arbeit verschafft und fortgesetzt dafür Sorge getragen, daß er seine Ausweisung nicht allzu sehr fühlen sollte; er wurde bei jeder Gelegenheit nach Kräften unterstützt, bis die Berliner Genossen und benachrichtigten, wie schmächtig Marx seine Braut sitzen lassen, und wie sie, die Genossen, um die Partei nicht zu schädigen, trotz der enormen Unterstützung, welche die vielen Familien der verheirateten Ausgewiesenen ersehnten, für Braut und Kind des Marx auskommen mußten. Angesichts dieser Thatsachen sahen wir in den fortgesetzten Ansprüchen eine Brandstiftung, die wir schließlich zurückweisen mußten. Daraus ließ sich Marx eine ganze Zeit nicht mehr sehen, und verweigerte jedes Opfer mit dem Bemerkens: ich habe für die Sache nichts übrig. Pöblich, nach der letzten Reichstagswahl, trat Marx wieder in unseren Kreis, bemängelte die Agitation sowie die Geldausbringung und Anderes mehr. Auf Befragen unsererseits, wie es denn anders zu machen sei, ist Marx die Antwort schuldig geblieben. Von da an suchte er Uneinigkeit unter die Genossen zu bringen dadurch, daß er die Bedrückten unter uns verächtigte. Aufgefordert, seine Behauptungen zu begründen, lehnte er das mit der faulen Ausflucht ab, hier belomme man doch kein Recht, und blieb uns wieder fern.

Hierauf suchte er sich ein anderes Feld, um seine Intriguen auszuführen. Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Frauen und Mädchen bot ihm dazu Gelegenheit. Er verband sich mit einigen gleichgesinnten Freunden, um den Zentralvorstand der Kasse bei den Mitgliedern zu verächtigen. Als er auch da gründlich abgeblüht war, verließ er sich mit einigen Kumpanen so weit, die Kasse an das Messer zu liefern. Die sauberen Brüder richteten an die Kassenbehörde den Gesuch, doch die Kasse selbst zu verwalten, da der Zentralvorstand unfähig dazu wäre. Die Kassenbehörde handelte sofort demgemäß, nahm eine schmerzliche Revision der Kasse vor, und das Resultat ergab, daß die Verwaltung eine vorzügliche war, mithin die erbärmlichen Denunziationen des Marx und Konjorten erfolglos blieben. Inzwischen setzten die sauberen Brüder ihr gemeinsames Handwerk in den hiesigen Zeitungen fort, unter andern erklärten sie, dem Buchdrucker C. Ulrich die Reichstagsarbeiten höher hängen zu wollen, wenn sich derselbe unterfände, eine eigene Meinung zu haben. Selbstverständlich wurden sie gebührend abgefertigt, worauf sie mit gemeiner Stimm wider besseres Wissen erklärten, der Offenbacher Arbeiterführer C. Ulrich habe sich 200 Mark Vorschuß geben lassen, um seine Kasse bezahlen zu können.

Rechnliche Streiche führte Marx im hiesigen Sanitätsverein aus. J. B. hat er einen der Kerle verdächtigt und damit das Interesse des Vereins sehr geschädigt. Auf dieses hin wurde er aus dem Vorstand entfernt und ihm bei dieser Gelegenheit von C. Ulrich die Waiste vom Gesicht gerissen, was Marx vorantrieb, an Ulrich auf Neujahr einen Schimpfbrief gemeinsamer Art zu schicken, der in einer Vertrauensmänner-Versammlung zur Verlesung gebracht wurde. In dieser Versammlung herrschte nur eine Stimme über die Verworfenheit und Schurkerei Marx's, und es wurde eine Kommission von drei Mann beauftragt, diesen Burschen den Genossen in seinem wahren Lichte vorzuführen. Es ist dieses um so nöthiger geworden, als Marx es verstanden hat, mit einigen Frankfurter Vertrauensmännern ganz intime Freundschaft zu schließen. Wir warnen die Frankfurter ganz besonders vor dem Denunzianten Marx.  
Im Auftrage: A. S. P.

Paris, 29. Januar. Nahezu ein Jahr ist es, daß der Telegraph und die Presse dies- und jenseits der Vogesen die ganze kapitalistische Ausbeutergesellschaft aus ihrer behaglichen Ruhe aufschreckten. Unerhörtes war geschehen, deutsche und französische Arbeiter zogen Arm in Arm, einem Vorkämpfer der Sache des Proletariats das letzte Geleit gebend, durch die Straßen von Paris. Wenn irgend etwas geeignet war, das Märchen vom Erbfeind seiner Hülle zu entkleiden, so war es dieses Ereignis; es zeigte sich offenbar, der Arbeiter von heute war nicht mehr der vor Jahrzehnten. War diesseits die Wuth der Renanche-Politiker à la Deroulde grenzenlos, so war es jenseits des Rheins die ganze bismarck'sche Geisteswelt, welche nicht minder überaus war. Ist es doch stets ein helles Randver, wenn es gilt, Vorklagen auf Schaffung neuer Regimenter durchzuführen, gedürrt mit dem Säbel zu rasseln und auf die drohende Gefahr vom Westen hinzuweisen. Aber hier hatten tausend und abertausend französischer Arbeiter, entgegen dem Gebrauh der Patrioten, für die Eintracht und den Frieden beider Völker manifestirt. Allerdings liegen die Herrschenden nicht lange auf ihre Antwort warten, sie glaubten unsere Kraft durch ihre beliebigen Maßregeln zu lähmen, aber dies konnte nur bewirken, daß sich die Reihen fester schlossen, um den die heutige Welt umstrickenden Klassenkampf weiter zu führen, aber vergessend der Pflichten, welche die Gastfreundschaft uns auferlegt, nicht auch unerschrocken, wo es gilt, für unsere Sache einzutreten, halten wir es für unsere Aufgabe, immer und immer wieder zu betonen: Unser gemeinsamer Feind ist die Despotie und ihre Diener, die kapitalistische Gesellschaft. Diese zu stürzen, ist unsere gemeinsame Sache, darum: Es lebe die Solidarität der Völker!

Am Neujahr verließ uns die in weiten Parteikreisen bekannte Parteigenossin Heß, um nach einem reichbemessenen Leben, welches sie an der Seite eines der besten geistigen Vorkämpfer der Sache des Proletariats führte, in Genf in Mitte einiger Veteranen unserer Partei ihren Aufenthalt zu nehmen. Bei ihrem Abschied überreichte sie den hiesigen Genossen eine rothe Fahne. Für unsere gedrückte Bürgerin ein herrliches Lebenswort; für uns die Pflicht, das rothe Banner immer mächtiger zu entrollen, damit es mehr und mehr der Sammelpunkt werde für alle Hassensbewußten Arbeiter, und jeder mitkämpfe nach seiner Kraft in unserer unwahrscheinlichen Zeitepoche für die große Sache der Emancipation.

### Die Pariser Genossen.

### Sprechsaal.

Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung gebeten:  
Erst vor Kurzem gelangte die Schramm'sche Broschüre: „Robbertus, Marx, Lassalle“ in meine Hände. Ich muß bekennen, daß unter den von Schramm „kritisch Vernichteten“ auch meine Wenigkeit sich befindet.

Auf Seite 78, Anmerkung, gleicht mit der ihm eigenen Lebendigkeit Schramm die vollkommene Schale seines Hornes über einen Artikel des „Bayerischen Landboten“ aus, in welchem der Marxismus als das „Evangelium des Proletariats“ bezeichnet werde. Reumüthig schlage ich an meine Brust und rufe: Mea culpa, mea maxima culpa! ich habe diese Zusage an den „Bayer. Landboten“ gerichtet und bekenne mich voll und ganz zur Autorität und der daraus sich ergebenden Verantwortlichkeit.

Schramm's Art zu polemischen, ist mir aus dem bekannten Streit in der „Neuen Zeit“ noch zu sehr im Gedächtnis, als daß ich mich über das schwere Geschick, das er in seiner neuesten Schrift, und speziell gegen den Verfasser des „Landboten“-Artikels abspöttelt, auch nur im geringsten verwundert habe. Wer wie ich den Eindruck gewonnen hat, daß die ganze Robbertus-Marx-Lassalle-Broschüre nun eine zurückgetretene Chronik gewordene Philippika gegen Karl Kautsky ist, der geräth nicht in die Siedehitze sittlicher Entrüstung, wenn Schramm von „marxistischem Pfaffenhum“, „schwarzen Junkt“ etc. spricht. Wo derartig das persönliche Rolio überwiegt, daß die sachliche Diskussion bloß als Follie dient, wo unangenehme Gegner weniger widerlegt, als — injuriert werden, da muß der Unbefangene zu dem Resultat kommen: die Sache kann

nicht auf sicheren Füßen stehen, die mit soviel Empfindlichkeit und Thätigkeit verteidigt wird.

Ich habe in der Zukunft an den „B. Ldb.“ den Versuch, Robbertus, den ich trotz Schramm heute noch für einen konservativen Klopffuß halte, den Arbeitern für Marx aufzuopfern, diesen Versuch habe ich fallgelegt und bloßgestellt. Das werde ich zu jeder Zeit thun. Schramm soll mir aber in meinen Kritiken auch nur die geringste Spur eines persönlichen Angriffes nachweisen. Die wissenschaftliche Erörterung bringt sachliche Debatten, nicht das Kampfgeschrei des trojanischen Krieges.

An dieser Grundbedingung ernstere Forschung aber hat Schramm nicht festgehalten, das beweist sein Konflikt in der „Neuen Zeit“, das sein letztes Opus. Ich bin der Letzte, der davon zurückkehrt, den Segen kräftig beim Schopfe zu nehmen, aber die Verdächtigung des Gegners ist einfach ungehörig.

Was aber habe ich denn eigentlich gesagt? Ich nehme meinen Artikel zur Hand und finde, daß Herr Schramm wieder einmal auf Indiantenpfaden wandelt, er hat — mangelhaft zitiert. Bei mir heißt es:

„Für die Anhänger des demokratischen Sozialismus gibt es zur Unterwerfung von anderen Richtungen kein Marx und Robbertus, sondern Klipp und klar wird die Frage gestellt: Marx oder Robbertus. Wer für Robbertus ist, möge rechts gehen, der Marxismus aber ist und bleibt das Evangelium des Proletariats. In diesem Zeichen wird es siegen.“

Es ist doch nicht zulässig, den Schluppassus ohne den vorhergehenden zu zitiren. Er erhält dadurch einen Sinn, den er sonst sicher nicht hat. Aus einer relativen Behauptung wird eine absolute. Dies mußte ich unbedingt richtig stellen. Das Vorgehen Schramm's mir gegenüber ist aber ein neuer Beleg für seine Zitierrust.

Auf meinem Standpunkt aber bleibe ich stehen, mag Herr Schramm noch mehr — Rosenamen für Marxisten und Marxismus vom Stapel lassen.

Wenn wir straffen Marxisten eine „Junkt“ bilden, so sind wir sicher keine Schwärze, sondern eine rote. Das Pfaffenhum aber ist da zu suchen, wo persönliche Attacken, satirische Unbuddsamkeit und radikaler — Jektismus zu Hause sind.

Kürnberg, im Februar 1886.

Bruno Schönant.

### Naehrft.

Am 22. Januar starb im hiesigen Städtchen nach längerem Leiden in dem jugendlichen Alter von 26 Jahren einer unserer thätigsten Parteigenossen, der Robbertus'sche Robbert John.

In John haben wir einen unserer besten Parteigenossen verloren, der überall, wo es galt, muthvoll und unerschrocken für unsere Sache eingetreten ist, trotzdem er schon seit Jahren den Keim seiner schweren Krankheit in sich verpflanzte.  
Die Strapazen und Anstrengungen der letzten Reichstagswahl sowie verschiedene Gefängnisstrafen, welche er infolge seiner politischen Thätigkeit im vergangenen Jahr zu erdulden hatte, und wodurch er stets in seiner bürgerlichen Existenz aufs Tiefste geschädigt wurde, haben die Katastrophe herbeigeführt und warfen John aufs Krankenlager, welches er auch nicht mehr verlassen sollte.

Sein Vergehen verließ in der würdevollen Art und Weise. Zahlreich folgten die Genossen dem Sarge und bewiesen die Kränze und Palmenzweige, mit rothen Schleifen und entsprechenden Inschriften versehen, welche Achtung und Liebe der Verstorbene trotz seiner Jugend durch seinen ausgezeichneten Charakter sich erworben hatte.

Ehre seinem Andenken!  
Die Parteigenossen von Chemnitz.

### Briefkasten.

der Redaktion: Einwendungen sind eingetroffen aus: Hamburg, Rast, Konstantz, Plauen, Stettin, Sommerfeld, Buenos-Ayres. — Fr. 2. in London: Leider für diese Nummer zu spät. — Joh. Ph. Becker in Genf: Brief und Einlage erhalten. Antwort baldigst. Besten Gruß.

der Expedition: Fr. 10 — von R. M. in S. durch R. F. für die Wahl im 19. sächsischen Kreis dts. erh. — Jakob S.: Rl. 3 — f. Schft. erh. Sdg. ab. am 10/2. Cr. 3 beigel. — J. C. St. Gus.: Fr. 1 15 f. Schft. erh. Sdg. fort. — A. Schr. Blasgow: Fr. 37 80 à Cto. Ab. sc. erh. — Kother Voigtbr.: Hf. v. 8/2. erh. — J. R. Schj.: Fr. 1 — erh. Für 7 zu spät. — Gänseleber: Rl. 50 — à Cto. Ab. sc. erh. — Dr. geordn. Gruß erwidert. — Frisius von Benedig: Fr. 5 10 Ab. 1. Du. u. Schft. erh. — Der alte Unverbesserliche: Rl. 100 — à Cto. Ab. sc. erh. Rl. 12 90 pr. 3 dir. 1. Du. gutgeh. Hf. Weiterer. — Der alte Rothe: Rl. 26 35 à Cto. Ab. 4. u. 1. Du. u. Schft. sc. erh. Hf. mehr. — Korriz: Rl. 18 — Ab. 1. Du. erh. — Schwarz: Fr. 4 40 Ab. 1. Du. u. Rl. 11 80 à Cto. Prft. erh. Weiterer unterweg. — Von einer heiteren Genossenschaft v. 3. i. Cr.: Rl. 4 — pr. Ufd. dts. erh. — K. R. Restrod: Rl. 6 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. f. Sch. Hf. Weiterer. — Graculus W.: Rl. 100 — à Cto. Ab. sc. erh. 70 Hf. sc. gutgeh. — Rothe Faust: Rl. 154 05 à Cto. Ab. sc. 85 erh. Hf. sc. notirt. — C. Schum. Cinc.: Am 13/12. 85 diversif. Fr. 100 — à Cto. Ab. sc. pr. C. am 12/2. erh. Warum nicht direkt hierher? Papiergeld hier voll! — J. G.: Rl. 100 — à Cto. Ab. sc. erh. — J. R. Schj.: Rl. 9 20 pr. 2 Ab. 1. Du. erh. Betr. des Weiteren Erwidert. — C. W. Brm.: Rl. — 50 f. Schft. erh. — Hallante: Rl. 50 — à Cto. Schft. für R. gutgeh. Hf. sc. folgt. Weiterer beachtet. — J. R. Ruz: Fr. 3 20 f. Schft. pr. R. R. erh. — Jirich: Fr. 50 — f. d. Wahl in Hensburg und Fr. 50 f. d. Wahl im 13. sächs. B. Kr. Stolberg-Schneeberg, sowie Fr. 1 — von einer Regelpartie dts. erh. u. befragt. — Dr. Riemer: Rl. 20 — à Cto. Ab. sc. pr. R. R. erh. — Kother Kaplan: Rl. 7 05 Ab. 1. u. 2. Du. u. à Cto. Bibl., sowie 95 Hf. pr. Dts. dts. erh. — Haff: Rl. 25 80 Ab. 3. u. 4. Du. und 1. Februar 1886 erh. — Apollon: Rl. — 50 f. Schft. erh. Weiterer befragt. — Wellenstein: Rl. 100 — à Cto. Ab. erh. Hf. mehr. — Fr. A. Sorge Dobelen: Fr. 46 75 3 Ab. pr. 1886. Schft. u. „Archt.“ Fr. 10 69 à Cto. u. Rl. 14 05 (Fr. 17 56) pr. Cto. Des. erh. und Weiterer befragt. — Graculus W.: Auftrag mit 80 Hf. erledigt. — Th. Büfel Castleford: Rl. 50 40 Ab. 1885 u. 1. Du. 86 erh. — D. P. R.: Rl. 2 — Portovergütung erh. Weiterer dts. ad notam genommen. — Lübeck: Rl. 30 — pr. Dts. dts. erh. — Dreifuh: Rl. 110 80 Ab. 1. Du. sc. erh. Rl. 18 80 pr. Grchn. gutgeh. — Bayernschiff: Rl. 100 — à Cto. Ab. sc. erh. — Wiesloch: Rl. 3 — pr. Hf. dts. verm. — R. E. Hgg.: Rl. 25 — pr. Dts. u. Rl. 6 10 pr. Ufd. dts. erh. — Fr. 1759: Rl. 18 90 Rest 85 u. Ab. 86 erh. — Sdg. Angsb.: Rl. 9 — pr. Ufd. dts. erh. — P. L. Kewporf: Natürlich hat General Humbum die Barschauer auch extra für sich und die „Freiheit“ hängen lassen. Nächstens wird das alte Kameel seine Originalkorrespondenz mit dem Mahdi im Himmel publiziren.

Josef Kraupmann in Chambéry (Savoie, France) rue d'Italie 8, erwartet dringliche Nachrichten unter dieser Adresse.

Allen meinen lieben Freunden und Genossen, welche sich so zahlreich beim Begräbniß meiner Mutter beieiligt haben, sage ich auf diesem Wege meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank.  
Poloda, im Januar 1886.

[— 80] Ernst Leupold.

Soeben erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:  
**Es werde Licht!**  
Poesien von Leopold Jacoby.  
Dritte Auflage.  
Preis: 65 Pf. = 80 Cts.  
Expedition des Sozialdemokrat. Volksbuchhandlung.  
Dottingen-Fürth.